

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 90,  
Postfach Nr. 82.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Strohlasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 187.

Mittwoch, 13. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Kammer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Die Verlängerung des Reichstags.

an. Und wenn die Deutsche Staatspartei in den Wahlen schlecht abscheidet, einen Vorteil hat sie gehabt, etwas hat sie erreicht: die Verlängerung der Kandidaten und damit eine Verlängerung des Reichstags. Gewiß legen die Parteien großen Wert darauf, alte, erprobte Parlamentarier an ausführenden Stellen zu sehen und ihre Wahl vor allem zu ermöglichen. Gewiß werden die bekannten Führer wohl sämtlich wiederkommen, vor allem jene Männer, die im Laufe der Jahre schon einmal, kurz oder lang einen Ministerposten bekleidet. Aber neben diesen Alten ist eine Verlängerung zu beobachten, die sich durch alle Parteien zieht. Die Nationalsozialisten haben immer auf junge Kräfte Wert gelegt. Sie haben sich diesmal nicht gescheut, Kandidaten aufzustellen, die zum Teil kaum das volljährige Alter erreicht haben. Sugenberg hat in seiner Partei stark gestellt, und wenn er Herr von Oldenburg-Janschau als Spitzenkandidaten erkor, so kam er einem Wünsche von vielen Seiten nach. Im übrigen hat er auch Umschau nach jungen Kräften gehalten. Auf den Listen der Deutschnationalen steht man viele unbekannte Namen und hört, daß die Kandidaten zum Teil im Alter zwischen 30 und 40 Jahren schwanken. Berücksichtigt man, daß im alten Reichstage nur 18,8 Prozent der Abgeordneten unter 40 Jahren waren, dagegen 51,2 Jahre das Durchschnittsalter war, so kann man schon an der Liste der Deutschnationalen eine wesentliche Verlängerung feststellen.

Der Landbund hat zwar einige bekannte ältere Landwirte herangezogen, aber ebenfalls unter den Jüngeren eine gute Auswahl getroffen. Und die konservative Volkspartei hat schon durch die Wahl des Ministers Treviranus in Konkurrenz mit Weßary bekundet, daß sie der Jugend die Führung geben wolle. Sie hat die Kandidatenwahl nach dem gleichen Gesichtspunkt vollzogen. In der Deutschen Volkspartei überwiegt das Alter, das heißt überwiegen Kandidaten, die im Alter zwischen 40 und 50 Jahren liegen. Indessen hat sich die junge Richtung so durchsetzen können, daß sie in einigen Wahlkreisen die Führung erlangten und an bevorzugter Stelle kandidierten. Sie sind mit einem Drittel auf der Kandidatenliste erschienen. Die Wirtschaftspartei behauptet, nach der Lichthausigkeit zu leben und nicht nach dem Alter. Das tun die anderen Parteien zwar auch. Aber von selbst ergibt sich, daß sie dort, wo junge Kandidaten anderer Parteien auftreten, ebenfalls jüngere Kandidaten ihrer Partei an die Front gestellt werden. Wie wir hören rechnet diese Partei mit einem Durchschnittsalter ihrer Abgeordneten von 45 Jahren. Davon dürfte die Hälfte über 40 Jahre, die andere Hälfte um die 40 Jahre herum im Alter zählen.

Die Deutsche Staatspartei muß schon aus Prinzip, da sie den Ruf nach der Jugend ausgeht, die Jugend bevorzugen. Soweit es sich um Kandidaten über 50 Jahre handelt, sind es ehemalige Demokraten und einige Gewerkschaftsführer, die Weßary der Kandidaten ist noch nicht 40 Jahre alt. Dabei muß betont werden, daß in allen Parteien die Auffassung vorliegt, daß jeder Kandidat bis 40 Jahre als Kandidat der Jugend gelten könne. Die Sozialdemokraten stellen nur sehr wenig neue Namen auf. Zum Teil sind es die alten Abgeordneten, die die Kandidatenlisten schmücken. In dieser Partei hat sich aber schon in den beiden letzten Wahlen eine Verlängerung vollzogen, so daß sie nach dem oben angeführten Grenzalter zwischen jung und alt behaupten kann, ein Drittel alte, zwei Drittel junge Abgeordnete in den Reichstag zu senden. Die Kommunisten nun haben immer schon der Ansicht gehuldigt, daß die Jüngeren am besten schreiben können, und sie haben immer jungen Leuten den Vorzug gegeben. Neben einigen Alten stehen wieder die Jungen an der Front.

Wie die Wahlen auch ausfallen, es wird auf alle Fälle eine Verlängerung des Reichstags offensichtlich sein, die beweisen muß, ob die Jugend wirklich mehr Zutritt aufzubringen vermag.

## Schiffsuntergang bei Ranton. — 70 Tote.

Ranton. (Funkpruch.) Auf dem Ozean ist ein großer holländischer Dampfer auf eine Mine gestoßen und gesunken. Dabei fanden 70 Passagiere, meist Frauen, den Tod.

## Lohnkitt im Ruhrbergbau?

Berlin, 13. August

Die Verlautbarung des Zechenverbandes, in der „vorsorglich“ die Kündigung des Lohntariffs für die Ruhrbergarbeiter in Aussicht gestellt wurde, hat in Kreisen der Bergarbeiterverbände großes Aufsehen erregt. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hat innerhalb der am Tarif beteiligten Bergarbeiterverbände noch keine gemeinschaftliche Besprechung über die Tariffrage im allgemeinen und über die Frage einer Kündigung des Lohntariffs für die Ruhrbergarbeiter im besonderen stattgefunden. Die Tarifgemeinschaft der vier in Frage kommenden Bergarbeiterverbände kann noch als bestehend gelten. In Kreisen der Bergarbeitergewerkschaft neigt man der Ansicht zu, daß es sich bei der Ankündigung des Zechenverbandes um ein taktisches Manöver handelt. Man ist daher darauf gespannt, ob der Verband die Kündigung tatsächlich auszusprechen wird.

## Das deutsche Handwerk zu den Reichstagswahlen.

\* Berlin. Eine Gruppe der Handwerkerverbände im Reichsverband des deutschen Handwerks richtete als die vom Reichsverband des deutschen Handwerks mit der Wahrnehmung der politischen Interessen des Berufsstandes beauftragte Organisation namens des gesamten deutschen Handwerks nachstehende Erklärung an die politischen Parteien, soweit sie auf dem Boden der Privatwirtschaft und des Privatigentums stehen:

Entgegen der Erfahrung, daß der Verfall der Mittelschicht das Verderben jeden Volkes ist, ist in der Nachkriegszeit die schwere wirtschaftliche Schädigung und eine weitgehende Verelendung der deutschen Mittelschicht betrieben und zugelassen worden. Die Schuttmittel, welche die Verfassung des Deutschen Reiches in ihrem Artikel 164 gegen Ueberlastung und Auflösung des Mittelstandes vorzieht, sind von den gesetzgebenden Körperschaften nicht beachtet und angewendet worden. Schuld daran trägt zum größten Teile das heutige parlamentarische System. Bei dem hiernach jeweils erforderlichen parteipolitischen Ausgleich zur Erlangung einer politischen Mehrheit sind die Belange des deutschen Mittelstandes nach dem Grundsatz der Ueberwindung des geringsten Widerstandes am ehesten außer acht gelassen oder gar preisgegeben worden.

Geküßt auf diese Erfahrungen wendet sich das deutsche Handwerk mit größtem Ernste an diejenigen politischen

Parteien, die den Sinn privater Wirtschaftsführung nach dem Grundsatz der Selbstständigkeit und Selbstverantwortung und bürgerlicher Kultur- und Persönlichkeitswerte in ihr Programm aufgenommen haben. Dem einseitigen Parteinteresse muß die notwendige Rücksicht auf die deutsche Volksgemeinschaft und ihre bisher arg vernachlässigten Glieder des deutschen Mittelstandes übergeordnet werden. Die lähmende Zersplitterung der bürgerlichen Parteien muß beseitigt werden. Wo ein Zusammenschluß möglich und zweckmäßig ist, muß er mit allen Kräften durchgeführt werden. Der Bedeutung des deutschen Handwerks für die Erhaltung eines gesunden deutschen Volkes ist durch Anerkennung und Erfüllung der programmatischen berufsständischen Forderungen des Handwerks Rechnung zu tragen nach dem bewährten Wahlspruch: „Nicht jedem das Gleiche, aber jedem das Seine.“ Angehörige des deutschen Handwerks sind in angemessener Zahl an ausführender Stelle für das Parlament des deutschen Volkes zu berücksichtigen. Das deutsche Handwerk wird lehrerlos mit allem Nachdruck seine Angehörigen zur Teilnahme an den Wahlen anhalten und dabei nur diejenigen Parteien berücksichtigen, von denen ausreichende Garantien für die Anerkennung und Erfüllung der berufsständischen Forderungen des Handwerks und für Aufstellung einer angemessenen Zahl von Abgeordneten aus seinen Reihen gegeben werden.

## Eine Erklärung des Reichsministers Treviranus.

Reichsminister Treviranus äußerte sich gestern abend im Rundfunk in einem Zweigespräch mit Oberredakteur Dr. Bondy über die Auslegung, die seine Rede vor dem Ost- und Westauschuß der heimatreuen Verbände im In- und Ausland gefunden hat. Der Minister wies die ungeschickliche Kritik zurück, die an seiner Rede geübt wurde, und erklärte, er halte es für gut, daß ein Minister Ort und Gelegenheit benutze, um das zu sagen, was ihm aus weitesten Volkstreffen entgegenkommt. Wenn gewisse Interpreten unter dem Begriff „Frontgeist“ nur die Kriegslüsterheit waffenstarrer Krieger verstehen wollten, so könnten sie diesen Begriff nicht friedlicher verstehen. Das, was er darunter versteht, sei das Gefühl größerer Kameradschaftlichkeit und stärkerer Verbundenheit.

Der Reichsminister betonte, daß er selbstverständlich in keiner Weise an eine Revision der Osgrenzen mit abenteuerlichen kriegerischen Mitteln gedacht habe, als er in seiner Rede vom Sonntag erklärte, die Grenzen des Reiches hielten nicht Stand gegen Völkerrast und nationalen Lebenswille. Es sei darüber niemals Zweifel gelassen worden, daß die Verträge, die völkerrechtsgültig abgeschlossen sind, auch gehalten werden sollen. Das Unrecht der Grenzziehung könne nur auf dem Wege der friedlichen Verständigung beseitigt werden, aber Deutschland könne auf seine Forderung nach Gleichberechtigung und ehrlcher klarer Abrede nicht verzichten.

Reichsminister Treviranus wies die besonders von französischer Seite gemachte Darstellung zurück, die einen Gegensatz zwischen Dr. Stresemann und ihm selbst konstruiert. Dr. Stresemann habe Ende 1925 in Beantwortung einer Frage des Grafen Westarp auf die im Vertrag von Versailles gegebenen Revisionsmöglichkeiten hingewiesen, und man verjuche sehr zu Unrecht, seine, des Redners, Auffassung in Gegensatz zu der Dr. Stresemanns zu stellen. Chamberlain und Lloyd George hätten ebenfalls im englischen Unterhaus auf die Revisionsmöglichkeiten verwiesen, die innerhalb des Locarno-Vertrages liegen. In der Präambel dieses Vertrages werde ausdrücklich davon gesprochen, daß alle Bestimmungen des Locarno-Vertrages sich innerhalb der Grenzen der Völkereidenschaft halten müßten. Allgemein werde der Artikel 19 der Völkereidenschaft als ein selbstverständliches Mittel angesehen, um die unerträgliche Lage in Deutschland innerhalb des Völkerbundes nicht zur Sprache zu bringen, sondern auch zu beseitigen.

In seinem Schlusswort betonte der Minister, daß die Deutschen, die waffenlos und ohne irgendwelche technischen Hilfsmittel, die sich nicht im entferntesten mit den Rüstungen der Nachbarn vergleichen lassen, inmitten Europas leben, den Frieden brauchen als Voraussetzung ihrer Lebensmöglichkeit, allerdings einen Frieden, der so ehrlich, so rein und klar sein müsse, daß er den Namen Frieden verdiene.

## Keine neuen Sammlungsbesprechungen.

Berlin, 13. August.

Die durch die Presse gehenden Mitteilungen, nach denen am Dienstag auf Einladung des Ministers Treviranus zwischen der konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei neue Besprechungen über die Festlegung eines gemeinsamen Aktionsprogramms stattfinden sollten, entsprechen nicht den Tatsachen. Wie wir hören, ist weder an die Deutsche Volkspartei, noch an die Wirtschaftspartei eine Einladung zu einer solchen Besprechung ergangen.

Und doch private Besprechungen zwischen Treviranus, Scholz und Sachseberg vereinbart gewesen.

Berlin. Entgegen anderslautenden Darstellungen wird der Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite bestätigt, daß für Dienstag nachmittags persönliche Besprechungen zwischen Treviranus, Scholz und Sachseberg über die Frage einer engeren Verbindung zwischen der konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei vereinbart worden waren. Die Absicht dieser Besprechungen ist jetzt sowohl von volksparteilicher Seite, wie von wirtschaftsparteilicher Seite abgelehnt worden. Nichtig ist, daß am Dienstag Verhandlungen nicht stattgefunden haben. Das führt man jedoch von unterrichteter Seite lediglich darauf zurück, daß Minister Treviranus durch eine Selbstbesprechung, die in der Reichskanzlei über Personalfragen der Ostbaltischen Raiffeisenbank verhandelt war, fest steht jedenfalls, daß sowohl Scholz als auch Sachseberg sich auf Anregung von konservativer Seite für derartige persönliche Besprechungen zur Verfügung gestellt haben.

## Konservative Volkspartei und Monarchismus.

\* Berlin. Im Vordienste der konservativen Volkspartei nimmt ihr erster Vorsitzender, Minister Treviranus, in folgender Weise zu der Diskussion Stellung, die durch die Behauptungen des Grafen Westarp über konservativ-volksparteiliche und monarchistische Entschlossenheit entstanden ist:

Die Frage der Staatsform spielt für die Arbeit der konservativen Volkspartei nicht die Rolle, die ihr von anderen Kreisen zugeschrieben wird. Es geht den konservativen Kräften um uns ausschließlich um die nächstliegende Aufgabe des gesunden Staatsaufbaus schlechthin, und auch Graf Westarp bekennt, daß unser konservatives Gedankengut sich nicht in dem monarchischen Gedanken erschöpft, der sich für ihn aus dem preussischen und deutschen Konservatismus ergibt. Unser „schaltendes und loyales Bekenntnis zu einer aufrichtig politischen und schöpferisch gestaltenden Mitarbeit an unserem Staat“ ist auch das seinige.

Das ist das Krankhafte an der heutigen Zeit, daß das Trennende hervorgekehrt werden soll und das Verbindende gering geschätzt wird. Wir handeln jetzt umgekehrt, lassen dem einzelnen politischen Menschen bei uns die Freiheit, nach seinem Gewissen darüber zu entscheiden und selbst zu bestimmen, wie weit er mit denen gehen kann, die den konservativen Gedanken in die neue Zeit weiter tragen wollen in schöpferischer Gestaltung für das politische Tages- und Zukunftswerk.

## Verhaftung von Nationalsozialisten.

München. (Funkpruch.) Bei der gestrigen Verhaftung der Nationalsozialisten im Circus Krone wurden ungefähr 40 Teilnehmer verhaftet, darunter leibhaftig Pfeffer, Stahlruten und Schlagringe abgenommen. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Gegen ihre Besitzer wird auf Grund der Notverordnung über Waffennutzung gerichtliche Vorgegangen.